

Bankenvertreter in den Beiräten mittelständischer Unternehmen

von
Dr. jur. Norbert Westhoff

Mit Einführung von Prof. Dr. Harm Peter Westermann

Juristische Gesamtbibliothek
der Technischen Hochschule
Darmstadt

B 412 174

Inhaltsübersicht

	Seite
Einführung	5
Vorwort	9
Inhaltsübersicht	11
Einleitung	15
1. Kapitel	
Motive für die Besetzung von Beiräten mit Bankenvertretern	17
I. Motive auf seiten des Unternehmens/ der Gesellschafter	17
1. Der Beirat als Beratungsgremium	17
2. Der Beirat als Kontroll- und Geschäftsführungsgremium	19
3. Der Beirat mit Schlichtungs- und Schiedsfunktionen	20
II. Motive auf seiten der Bank	20
1. Vertiefung der Geschäftsbeziehungen	20
2. Kreditbeziehungen	21
3. Kapitalbeteiligungen	22
III. Motive auf seiten der Bankenvertreter	23
2. Kapitel	
Das Rechtsverhältnis des Bankenvertreters zur aufnehmenden Gesellschaft	24
I. Die rechtliche Grundlage der Beiratsstellung	24
1. Der integrierte Beirat	24
2. Der Beirat auf schuldrechtlicher Grundlage	26
II. Auswirkungen der Repräsentativverfassung des Beirats	27
1. Der Meinungsstreit	27
a) Unterscheidung zwischen Gesellschaftsorganen und Gruppenvertretungen	27
b) Ablehnung sog. Gruppenbeiräte	28
c) Die Rechtsprechung	29
2. Stellungnahme	30
III. Die Begründung der Beiratsstellung	32
1. Der Bestellungsakt	32
a) Die Bestellung durch die Gesellschaft	33
b) Die Bestellung durch die Bank	33
2. Der Anstellungsvertrag	36

INHALTSÜBERSICHT

IV. Die Beendigung der Beiratsstellung	37
1. Die Abberufung	37
2. Die Amtsniederlegung	40
V. Rechte und Pflichten des Bankenvertreters als Beiratsmitglied im einzelnen	41
1. Pflichtenumfang des Beirats	41
2. Sonderpflichten von Bankenvertretern	43
3. Treuepflicht	44
4. Verschwiegenheitspflicht	45
5. Vergütungsanspruch	47
VI. Analoge Anwendung des Aktiengesetzes	48
1. In Gesellschaften mbH	48
2. In Personengesellschaften	49
3. Kapitel	
Auswirkungen der Beiratstätigkeit des Bankenvertreters auf seine Rechtsstellung als Bankier	51
I. Das Rechtsverhältnis zur Bank	52
1. Die Übernahme des Beiratsmandats im Auftrag und im Interesse der Bank	52
2. Einwilligungsvorbehalt zugunsten der Bank vor der Annahme des Beiratsmandats durch den Bankenvertreter	53
a) Einwilligungsvorbehalt aus den gesetzlichen Wettbewerbsverboten	53
b) Einwilligungsvorbehalt aus der Treuepflicht	54
II. Das aufsichtsrechtliche Rechtsverhältnis	57
1. Anzeigepflichten eines Geschäftsleiters wegen der Aufnahme einer Beiratstätigkeit gem. § 24 Abs. 3 Nr. 1 KWG	57
2. Die Behandlung von Organkrediten gem. den §§ 15, 16 KWG	58
a) Anwendung von § 15 Abs. 1 Nr. 7 KWG	59
b) Anwendung von § 16 Nr. 7 KWG	60
4. Kapitel	
Interessenkonflikte	61
I. Das Beiratsmandat als Auslöser von Interessenkollisionen	61
II. Interessenkonflikte in der Person des Bankenvertreters aufgrund des Widerstreits von Gesellschaftsinteresse und Bankinteresse	63
1. Verhaltenspflichten des Bankenvertreters bei der Ausübung von Beiratsfunktionen	64
a) Die Verpflichtung zum Handeln im Gesellschaftsinteresse	64
aa) Der Beirat als Gesellschaftsorgan	64
bb) Der Beirat als Gruppenvertretung	68

INHALTSÜBERSICHT

b) Stimmverbote	69
aa) Stimmverbote bei Beschlußfassungen des Beirats über die Vornahme eines Rechtsgeschäfts oder die Einleitung eines Rechtsstreits zwischen der Bank und der Gesellschaft	70
bb) Stimmverbote bei sonstigen Interessenkonflikten zwischen Bank und Gesellschaft	71
c) Das Recht zur Stimmenthaltung	72
2. Verhaltenspflichten bei Handlungen außerhalb der Beiratssphäre in der Eigenschaft als Bankengeschäftsleiter	74
a) Handlungen ohne direkte Berührungspunkte zur Geschäftssphäre der anderen Gesellschaft	74
b) Handlungen zur Aufnahme oder Gestaltung von Rechtsbeziehungen zur Gesellschaft	75
3. Interessenkollisionen aufgrund des Bestehens von Schweigepflichten	77
III. Interessenkonflikte in der Person des Bankenvertreters aufgrund des Widerstreits von Gesellschaftsinteresse und anderen Nichtbankinteressen	80
1. Interessenwiderstreit aufgrund der Mitgliedschaft in Verwaltungsorganen anderer Nichtbankunternehmen	80
2. Interessenwiderstreit aufgrund der Mitgliedschaft in Verwaltungsorganen konkurrierender Nichtbankunternehmen	81
5. Kapitel	
Die Wissenszurechnung	83
I. Der Grundsatz von der organschaftlichen Wissenszurechnung	84
II. Anwendung des organschaftlichen Zurechnungsprinzips auf die Beiratstätigkeit von Bankenvertretern	85
1. Die grundsätzliche Bedeutung der Schweigepflicht	85
2. Die Ausgestaltung der Schweigepflicht in Beiräten	87
a) Die Bank als Gesellschafterin	88
b) Die Vertretung der Bank durch einen Gläubigerbeirat	91
c) Die Beiratsbestellung aufgrund eines Entsendungsrechts der Bank	92
d) Die Beiratsbestellung auf Veranlassung der Gesellschaft	94
3. Das Erfordernis der Mitwirkung des wissenden Bankenvertreters an dem konkreten Rechtsgeschäft	95
a) Bei juristischen Personen	95
b) In Personengesellschaften	99
6. Kapitel	
Die Verhaltenszurechnung	101
I. Die Problemstellung	101

II. Die Haftung der Bankgesellschaften für Pflichtverletzungen ihrer Geschäftsleiter in den Beiräten anderer Unternehmen gem. § 31 BGB	102
1. Die Entsendung von Bankenvertretern	104
a) Die Rechtsprechung	104
b) Haftung bei Vorliegen einer einheitlichen Leitung iSd Konzernrechts	106
c) Eigener Lösungsweg	107
aa) Verrichtungscharakter der Beiratstätigkeit im Falle der Entsendung	107
bb) Der Haftungsumfang	109
2. Die Einrichtung von Gruppenbeiräten	112
3. Sonstige Fälle von Beiratsbestellungen	112
Zusammenfassung	114
Abkürzungsverzeichnis	117
Literaturverzeichnis	119
Stichwortverzeichnis	127